

November  
2012

## DER HINGUCKER

Ein Informationsblatt des Kreistags- und Stadtratsfraktion der INITIATIVE PRO GRAFSCHAFT E.V.

### Mülldesaster im Kreis



Seit Jahren bekommen Verwaltung und Politik des Kreises Grafschaft Bentheim den Bereich Abfallwirtschaft nicht in den Griff. Die Kosten für politische Fehleinschätzungen und Fehlentscheidungen belaufen sich auf ca. 2 Mio. Euro pro Jahr. So wurde ohne ein Wertgutachten das Kompostwerk in Wilsum für 5 Mio. Euro gekauft und noch zu einer überdimensionierten MBA umgebaut. Diese Kosten müssen jetzt vom Steuerzahler getragen werden.

Hier ist dringend Fachkompetenz gefragt.

Niedrigere Abfallgebühren könnten zu einer Entlastung der sozial schwächeren Gruppen führen. Nach den Vorschlägen der Verwaltung wird das Gegenteil eintreten. Die Bürger sollen mit überdimensionierten Mülltonnen „zwangsbeglückt“ werden. Die Größe der Müllbehälter will man vorschreiben. Ein festgesetztes Mindestbehältervolumen pro Person stellt eine Entmündigung derjenigen Benutzer dar, die sich seit Jahren um Abfallvermeidung bemühen.

Die CDU will diese Entscheidung über Mindestmengen verschieben. Ein durchsichtiger Versuch, dieses Thema aus dem Landtagswahlkampf herauszuhalten.

Pro Grafschaft steht für die Beibehaltung der bisherigen Mindestmenge von 40 Liter pro Haushalt mit 14-tägiger Leerung. Eine Einführung einer Grund- und Leistungsgebühr für die Gebührenberechnung ist sinnvoll. Über die Höhe und die Art der Verteilung der Grund- und Leistungsgebühr und die sich daraus ergebenden Gebührensatzung muss aber noch ausführlich und intensiv öffentlich diskutiert werden.

Es darf nicht sein, dass die Verwaltung unter einem Landrat, der von der CDU gestellt wird, das Zepter des Handelns ohne ausreichende Fachkompetenz allein in die Hand nimmt. Es darf auch nicht sein, dass wenige Personen hinter verschlossenen Türen entscheiden, wohin der Weg gehen soll.

Reinhard ten Brink

### Kaum zu glauben, aber wahr!



Ein Großteil der Ratsmitglieder Nordhorns gönnt sich mehr Geld ins eigene Portemonnaie.

Ende 2009 hat der Rat auf Antrag von Pro Grafschaft einen Verzicht von 10% der Aufwandsentschädigung für Ratsmitglieder beschlossen. Dieser Verzicht sollte mit dazu beitragen, den angespannten Finanzhaushalt der Stadt zu entlasten! Der Rat wollte vorbildlich auch ein Zeichen setzen für vorsichtigen Umgang mit Steuergeldern. In den drei Jahren des Verzichts hat sich nach Meinung von Pro Grafschaft an der Finanzlage der Stadt nicht viel geändert! Auch sollte der Rat weiterhin seinen Sparwillen beweisen.

Immer wieder musste der Rat in den letzten Jahren Anträge von Vereinen, Schulen und anderen Institutionen auf Unterstützung mangels finanzieller Möglichkeiten ablehnen. Dabei waren viele ablehnende Entscheidungen, die dem Rat und besonders unserer Fraktion nicht leicht gefallen sind.

Aus genau diesen Gründen können wir, die Initiative Pro Grafschaft, es nicht verstehen, dass jetzt ausschließlich die großen Fraktionen SPD und CDU (mit Ausnahme einer CDU-Ratsfrau) eine 10 %-Erhöhung ihrer Aufwandsentschädigung ohne stichhaltige Begründungen und nachweisbare Fakten beschlossen haben!

Dieser Beschluss beschert der Stadt eine Mehrausgabe von 12.096,00€ jährlich! Geld, das wir von Pro Grafschaft gerne sinnvoller und nützlicher eingesetzt hätten!

Jens Leuftink

## Abschied der Kommunalpolitik



Kommunikation ist das Mittel zur politischen Führung! Kommunikationspolitik dient dazu, Ziele verständlich und wirkungsvoll zu vermitteln und sich die nötigen Informationen zu beschaffen, um Entscheidungen sachgerecht vorzubereiten. Nur so lässt sich ein zielgerichteter Dialog zwischen Betroffenen und Beteiligten politischer Entscheidungen organisieren.

Davon hat sich die Kommunalpolitik in der Stadt Nordhorn weitestgehend verabschiedet. Der Bürgermeister hatte angekündigt, in einer Klausurtagung mit dem Verwaltungsvorstand das Leitbild der Stadt bis zur Sommerpause überarbeiten zu wollen. Die politischen Gremien sollten stärker beteiligt werden, so lautet sein Wahlversprechen. Davon hören und merken die Nordhorner Bürger und Bürgerinnen nichts. Ob etwas geschehen ist, wissen wir nicht.



Wo sind die „großen“ Parteien? Was ist übrig von ihren Wahlversprechen? Von der SPD hören wir nichts (Diese Partei stellt immerhin den Bürgermeister!). Die CDU sagt nichts Konkretes. Wie stellen sich diese Parteien die Zukunft Nordhorns vor? Welche Ziele werden in der Sport- und Schulpolitik verfolgt? Verabschiedet sich Nordhorn vom Leistungssport? Wie geht es weiter mit einem nachhaltigen Stadtentwicklungskonzept? Was ist mit der Wasserstadt? Wie gehen wir mit der Energiepolitik um? Was wird aus unseren teilweise maroden Straßen? Wo bleiben die von der SPD vollmundig versprochenen 10.000 Lehrerstunden?

Soll alles einfach so weitergehen? Wir Bürger wüssten es gerne. Fragen über Fragen, aber es gibt keine Antworten. Weder vom Bürgermeister noch von den „größeren“ Ratsfraktionen ist etwas zu hören. Hoffnung machen hier eigentlich nur die „Kleinere“ (Grüne und Pro Grafschaft), die den Finger in die Wunde legen und nicht nur auf Defizite hinweisen, sondern auch konkrete Vorschläge machen.

Die Firnhaberstraße muss weitestgehend vom Busverkehr befreit werden. Für etliche Buslinien gibt es andere Wege. Der verbotene andere Fahrzeugverkehr muss wirkungsvoll unterbunden werden. Nur so kann sich die Firnhaberstraße zu einer echten Einkaufsmeile entwickeln. Das Busverkehrsnetz in der Stadt muss dringend überarbeitet werden, damit z.B. auch die Ämter und das Ringcenter am Stadtring besser erreicht werden können. Eine engere kommunale Zusammenarbeit mit dem Landkreis ist zu organisieren, um Synergie-Effekte zu erzielen. Kanäle und Vechtesee müssen für behinderungsfreien Bootsverkehr „entrümpelt“ werden. Campingmöglichkeiten sind für einen stärkeren Fremdenverkehr auszubauen. Unsere Schulen sind hinsichtlich Ganztagsbetreuung und Ausstattung mit Sozialarbeiterstunden besser auszurüsten.

Die Verwaltung hat aber das Zepter des Handelns in die Hand genommen. In Nordhorn wird nur noch das Tagesgeschäft abgearbeitet! Und dieses ordnet sich fast ausschließlich einer finanziellen Denkweise unter.

Jutta Bonge – Jens Leuftink

## 10.000 Stunden für die Schulen



Liebe SPD, wo bleiben die 10.000 Stunden für unsere Schulen? Gut können wir uns noch an die großen Plakate zur Kommunalwahl im letzten Jahr erinnern.

Wenn wir 10.000 Stunden verteilen könnten, dann könnte doch ganz leicht jeder Schule in Nordhorn eine Sozialarbeiterstelle zugewiesen werden, die dringend benötigt werden, zumal die Landesregierung dieser wichtigen Aufgabe nicht nachkommt.

Generell finden wir, Pro Grafschaft, es sehr schade, dass im Schulausschuss überhaupt über Sozialarbeiterstunden für die Realschulen diskutiert wird. Über Selbstverständlichkeiten und Notwendigkeiten darf es keine Diskussionen geben.

Wie ist es aber mit den Grundschulen? Sozialarbeit sollte sinnvollerweise dort beginnen, wo die ersten Probleme auftreten. Schon im Grundschulbereich sind soziale Auffälligkeiten zu beobachten. Hier werden ab der 1. Schulklasse schon Erfahrungen mit unseren Kindern und problematischen Familien gemacht und nicht erst in 5. Schulklasse.

Pro Grafschaft fordert, dass die Grundschulen besser in die Sozialarbeit integriert werden. Sicher ist Schulsozialarbeit eine originäre Aufgabe der niedersächsischen Landesregierung. Doch wenn diese sich ihrer Verantwortung entzieht, so sind wir vor Ort gefordert. Wird Dir nicht geholfen, so hilf Dir selbst. Es handelt sich um unsere Kinder und unsere Familien, die heute Unterstützung brauchen, damit sie sich morgen in die Gesellschaft integrieren können.

Jutta Bonge

**Kreistags- und Ratsfraktion der INITIATIVE PRO GRAFSCHAFT E.V.**

KOKENMÜHLENSTRASSE 11 · 48529 NORDHORN · INFO@PROGRAFSCHAFT.DE · WWW.PROGRAFSCHAFT.DE

V.i.S.d.P. Jens Leuftink · Joseph-von-Eichendorff-Straße 26 · 48527 Nordhorn